

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

17.12.1925 (No. 293)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14.
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. e. n. s.
Karlsruhe.

Verlagspreis: Monatlich 3.— Geldmark einschließlich Postgebühren. — Einzelnummern 10 Centpfennig. — Samstags 15 Centpfennig. — Anzeigengebühren 14 Centpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. — Die nach Empfang der Druckung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, 2. Abt. der Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerbetrieben, z. B. bei der Herstellung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Übersetzung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ansetzer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in betrübtem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckarbeiten und Druckproben werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbundesregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Warnung vor Zug von Arbeitskräften nach den Industriegebieten und großen Städten

Unter dem Druck der starken Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in ganz Deutschland macht sich in der letzten Zeit ein verstärkter Zug nach den großen Städten und Industriegebieten bemerkbar. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß nirgends die Möglichkeit besteht, planlos zuströmende Arbeitskräfte unterzubringen. Im eigenen Interesse der Arbeitssuchenden ist daher vor Zug nach den großen Städten und den Industriegebieten dringend zu warnen.

Die Reichsregierungskrise

Abg. Koch gibt seinen Auftrag zurück

Wie aus Berlin gedruckt wird, berichtete heute, Donnerstag vormittag 11 Uhr, Reichsminister a. D. Dr. Koch dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen, aus denen sich ergeben habe, daß die Große Koalition zurzeit nicht möglich sei und gab deshalb dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung zurück. Der Reichspräsident dankte Dr. Koch für seine mühevollen Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe.

Die Parteiführerschaft am heutigen Donnerstag vormittag unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde ein Komminiqué herausgegeben, wonach Müller-Franken (Soz.) eine Erklärung abgab. Es werden darin die Bemühungen des Abg. Dr. Koch anerkannt, jedoch festgestellt, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend seien, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden werden könne. Selbst zu dem Programm des Abg. Dr. Koch habe die Deutsche Volkspartei eine klare Stellungnahme verweigert. Die sozialdemokratische Fraktion könne in der Formulierung, die ihr auf Grund der Besprechungen der Parteien neuerdings vorgelegt wurden, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken.

Das Zentrum erklärte, daß es sich auf den Boden der Richtlinien gestellt habe. Die Deutsche Volkspartei erklärte gleichfalls, daß sie zwar an einigen Stellen Bedenken zu erheben habe, sich trotzdem aber auf den Boden der Richtlinien stellen könnte. Derselbe Erklärung wie das Zentrum gab die Demokratische Partei ab. Der Abg. Reich erklärte für die Bayerische Volkspartei, daß sie von einer endgültigen Stellungnahme absehe.

Der Abg. Dr. Koch stellte darauf fest, daß die Bemühungen um die Errichtung der Großen Koalition gescheitert seien.

Der Weihnachtsbeschluss für die Beamten hat nun auch der Reichsrat zugestimmt. Die Durchführung des Beschlusses wird für das Reich einen Aufwand von ungefähr 34 Millionen, für die Eisenbahn 23 und für die Post 22 Millionen Mark ausmachen. Für die Vertreter von Bayern, Württemberg, Hessen, Baden und Mecklenburg-Schwerin wurde auf ihren Wunsch das Protokoll offen gehalten. Thüringen stimmte für die Zulassung an die Beamten, aber nur unter der Voraussetzung, daß das Reich den Ländern die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung stelle. Dieser Erklärung schloß sich auch der braunschweigische Gesandte an.

Die Errichtung von Rundfunkanlagen im besetzten Gebiet gestoppt. Eine neue Ordnung der Rheinlandkommission besagt, daß mit dem Mittwoch die Anlage des Rundfunks im besetzten Gebiet gestoppt wird. Seither war nur der Verkauf von Apparaten freigegeben. Die Genehmigung zu den einzelnen Anlagen bedarf wohl noch der Zustimmung der Besatzungsbehörde. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß diese Genehmigung in jedem einzelnen Falle erteilt wird.

Eine Interpellation über Elsaß-Lothringen. In der französischen Kammer verlangte am Schluß der Mittwochssitzung der elsässische Abg. Frey die baldige Beratung seiner Interpellation über den Unterricht in der deutschen und französischen Sprache in Elsaß-Lothringen. Unterstaatssekretär Laval erklärte, es handle sich in dieser Frage nur um einen Fortschritt. Die Regierung denke nicht daran, die Elsaßler daran zu hindern, ihren Kindern in der Muttersprache Unterricht erteilen zu lassen, jedoch müßten gewisse Garantien für den Unterricht in der französischen Sprache gegeben werden. Auf Grund dieser Erklärung war der Interpellant mit der Beratung der Diskussion einverstanden.

Schiffsverkehrs Verhandlungen in Paris. Nach dem Petit Parisien beziehen sich die Verhandlungen Schiffsverkehrs in Paris auf juristische Fragen hinsichtlich der Auslegung der ehemaligen Verträge zwischen Frankreich und dem juristischen Ausland, sowie auch auf die Frage der Niederlassung von Franzosen in Ausland und auf die Frage der Entschädigung für entstandene Verluste. In zweiter Linie verhandelt man auch über die finanziellen Fragen. Außerdem werden Zollfragen behandelt, um den Abschluß eines Handelsvertrages vorzubereiten.

* Neue Schwierigkeiten in Berlin

Die Mission Kochs zur Bildung einer Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition ist gescheitert. Die Deutsche Volkspartei hat die in der vorigen Woche veröffentlichten Wünsche der Sozialdemokratie — Wünsche, die neuerdings als Mindestprogramm bezeichnet wurden — im wesentlichen nicht akzeptiert, und die Sozialdemokratie hat darauf eine Entschliebung gefaßt, welche besagt, daß sie in dem Ergebnis der bisher geführten Verhandlungen keine geeignete Grundlage für die Bildung der Großen Koalition erblicken könne. Gleichzeitig wird in der Entschliebung das Mißtrauen, das die Fraktion der Deutschen Volkspartei nach wie vor entgegenbringt, ganz klar ausgesprochen. Aus dem Kommentar der sozialdemokratischen Presse ist zu entnehmen, daß die Fraktion prinzipiell auch heute noch zur Teilnahme an einem Kabinett der Großen Koalition bereit sei, aber falls nicht nur dann beitreten könne, wenn die sachlichen Bedingungen der Partei erfüllt würden.

Diese Entschliebung wird sicherlich von dem Gros der deutsch-volkparteilichen und sozialdemokratischen Wählerschaft mit einem freudigen Aufatmen begrüßt werden; denn im Laufe des letzten Jahres sind nun einmal im Reich Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei sachlich und gefühlsmäßig immer mehr auseinandergekommen. Wenig erbauet von der bisherigen Entwicklung der Dinge sind dagegen das Zentrum und die Demokraten, welche beide die Bildung der Großen Koalition sehr gern gesehen hätten.

Die Situation ist nunmehr so verfahren, wie nur irgend möglich. Wenn wir von den Deutschvölkischen und Kommunisten absehen, kommen für die Bildung der Regierung die Deutschnationalen aus außerpolitischen Gründen überhaupt nicht in Betracht. Das Zentrum hat erklärt, daß es für die Große Koalition sei und deren Bildung warm unterstützen werde, aber nicht die Absicht habe, sich führend für die Große Koalition einzusetzen. Bei dieser Gelegenheit hat das Zentrum weiterhin erkennen lassen, daß es überhaupt nicht mehr geneigt sei, sich aus einer Gewissenhaftigkeit heraus, auf welche die anderen Parteien offensichtlich spekulierten, für eine jede Regierungscoalition zur Verfügung zu stellen. Die Sozialdemokraten wollen von der Großen Koalition nur dann etwas wissen, wenn vorher ihre Bedingungen erfüllt werden. Die Deutsche Volkspartei aber will diese Bedingungen nicht erfüllen. So kann man sagen, daß eigentlich nur die Demokraten zu einer wirklich aktiven Rolle bei der Erledigung der Regierungskrise bereit sind.

Es ist ganz klar, daß man auf diese Weise ein aus den Vertrauensmännern der Parteien gebildetes Kabinett überhaupt nicht zustandebringen wird. Und die Hauptfreude daran werden Deutschnationalen, Deutschvölkische und Kommunisten haben. Die Vorgänge in Berlin beweisen nichts gegen den Parlamentarismus als solchen, aber sie beweisen, daß viele unserer Parteien die wichtigste Voraussetzung des parlamentarischen Systems, die Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung, noch nicht vollkommen begriffen haben. Man braucht sich angesichts dieser Vorgänge in Berlin gewiß nicht zu wundern, wenn die Wahlmüdigkeit noch größer wird.

Das Eine ist richtig, daß gerade die kommenden Monate der Regierung eine Last von Verantwortung aufbürden werden, die so groß ist, daß sie ohne die Gefahr des Verlustes von Wählerstimmen wohl von keiner Partei mitgetragen werden kann. Aber es hieße den Bankrott des Parlamentarismus anmelden, wenn große Parteien allein aus diesem Grunde sich von der Verantwortung ausschließen wollten. Wir rechnen denn auch bestimmt damit, daß mit der Zeit doch der Zwang der Lage so stark werden wird, daß die Parteien selbst sich zu einer Mehrheit zusammenschließen werden. Vielleicht wird in der Zwischenzeit ein Beamtenkabinett unter der Führung des bisherigen Reichskanzlers die Geschäfte führen.

Keine Einschränkung der englischen Luftfliegerei. Der englische Luftsekreterärminister wies darauf hin, daß die britische Luftsekreterärminister denen der nächstgelegenen Festlandsstaaten in dem Verhältnis von einer Einheit gegen drei unterlegen seien. Die Regierung habe sich daher entschlossen, daß das Ausbauprogramm für die Luftstreitkräfte nicht angefastet werden dürfe. Der Minister richtete dann noch eine Mahnung an alle Nationen, dem englischen Beispiel zu folgen und ein Wettrüsten zu vermeiden.

Deutscher Reichstag

BRB. Berlin, 16. Dez.

Beginn 2 Uhr nachmittags.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

die Senkung der Lohnsteuer.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses wird u. a. die Einkommensteuer nicht festgesetzt, wenn die Einnahmen des Steuerpflichtigen weniger als 1300 Mark betragen. Bei der eigentlichen Lohnsteuer bleiben nach der Regierungsvorlage vom Arbeitslohn steuerfrei jährlich 1200 Mark. Diesen steuerfreien Betrag hat der Ausschuss durch die Bestimmung erhöht, daß für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind außerdem 10 Proz. des Arbeitslohnes frei bleiben, der 1200 Mark jährlich übersteigt.

Staatssekretär Popitz vom Reichsfinanzministerium erklärte die Regierung sei mit den Anträgen des Ausschusses einverstanden. Der Reichstag müsse freilich noch dazu Stellung nehmen. Das Einkommen aus der Lohnsteuer habe den Betrag überschritten, der bei Annahme der Steuerreform als Höchstbetrag bestimmt war. Darum bedeute der vorliegende Gesetzentwurf die Einlösung des dem Lohnsteuerpflichtigen bei der Beratung der Steuerreform gegebenen Versprechens. Weitergehenden Anträgen könne die Regierung jedoch nicht zustimmen.

Abg. Höllein (Komm.) begründet Anträge seiner Fraktion, die den steuerfreien Betrag der Lohnsumme über den Ausschussantrag hinaus erhöhen wollen.

Abg. Dr. Geseke (Deutschn.) erklärt, für die Kinderreichen Familien müsse aber eine weitere Erleichterung ohne Erschütterung der Reichsfinanzen möglich sein. Die Deutschnationale Fraktion beantrage daher, bei der Lohnsteuer über den Ausschussantrag hinaus den steuerfreien Betrag für das sechste und jedes weitere Kind um je 500 M., bei der Einkommensteuer für das sechste und jedes weitere Kind um 900 M. zu erhöhen.

Abg. Dr. Rost (D. Rp.) will ebenfalls, daß Erleichterungen für kinderreiche Familien in der Steuerpolitik eintreten. Die Steuerpolitik müsse im Einklang stehen mit einer gesunden Bevölkerungspolitik. Die Bestrebungen des Reichsbundes der Kinderreichen müßten unterstützt werden.

Abg. Dr. Gers (Soz.) Angesichts des großen Ertrages, den die Lohnsteuer im Verhältnis zu den übrigen Steuern bringe, müßten weitere Erleichterungen für die kinderreichen Familien verlangt werden. Dem Antrage der Deutschnationalen lägen weniger sachliche als agitatorische Motive zu Grunde.

Abg. Horlacher (Bayer. Volkp.) befürwortet den auch von den Deutschnationalen unterstützten Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Betrages für über 18 Jahre alte Kinder, die eine fremde Arbeitskraft ersetzen.

Staatssekretär Popitz tritt um Ablehnung des Antrages Horlachers. Eine solche Ausnahme sei undurchführbar und würde das ganze Steuersystem umstellen.

Abg. Riege (Wirtsch. Verein.) weist auf die Notlage der vielen kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden hin, die vielfach schlechter dastünden als die Gehalts- und Lohnempfänger.

Abg. Lücke (Wirtsch. Verein.). Die Hauptursache für den Geburtenrückgang und die erschreckende Zunahme der Abteibungen sei die Wohnungsnot, unter der besonders die jungen Ehepaare leiden.

Abg. Brünning (Zentr.) erkennt die Berechtigung der im Antrage Horlachers enthaltenen Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuß, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Der Antrag Horlacher wird dem Steuerausschuß überwiesen. Unter Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge wird die Vorlage in der Fassung des Ausschusses angenommen. Danach bleiben bei der Lohnsteuer vom Arbeitslohn jährlich 1200 M. steuerfrei und zwar 720 M. als steuerfreier Lohnbetrag (sog. steuerfreies Existenzminimum, 240 M. zur Abgeltung der Werbungskosten und 240 M. zur Abgeltung der Sonderleistungen). Außerdem bleiben steuerfrei für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Proz. des nach Abzug der 1200 M. verbleibenden Arbeitslohnes, mindestens aber 120 M. für die Ehefrau, 120 M. für das erste Kind, 240 M. für das zweite Kind, 480 M. für das dritte Kind, 720 M. für das vierte Kind und je 900 M. für das fünfte und jedes folgende Kind.

Bei der veranlagten Einkommensteuer werden in ähnlicher Weise Abzüge gemacht.

Die Vorlage wird darauf auch in dritter Lesung angenommen und mit ihr auch die Entschliebung der Abg. Frau May zugunsten der kinderreichen Familien.

Darauf wird die dritte Lesung des Reichshaushaltplanes beim

Reichsministerium

fortgesetzt.

Abg. Weidenhöfer (Völk.) fordert die Ausschaltung der Parteipolitik in Wirtschaftsfragen. Die Zollvorlage, die der Wirtschaft helfen sollte, sei unwirksam gemacht worden durch die Handelsvertragsabschlüsse der Regierung.

Abg. Dorich (Deutschn.) weist die von Rednern der Linken gegen den Reichslandbund gerichteten Angriffe zurück. Der Ernährungsminister habe die Lage der Landwirtschaft noch viel zu günstig geschilbert.

Abg. Demeter (Deutschn.) befürwortet einen Antrag auf Schaffung eines Rahmengesetzes für die Ausbildung der landwirtschaftlichen Gütsbeamten.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die Regierung sei bereits mit den Vorarbeiten für ein solches Gesetz beschäftigt.

Um 7 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Basel

Vor der Statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Basel hielt am Mittwoch Abend Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Unter den überaus zahlreich erschienenen Gästen bemerkte man den deutschen Gesandten in Bern Dr. Müller, die deutschen Generalkonsuln von Basel und Zürich und eine Reihe von anderen Konsulatsvertretern, sowie die Spitzen der schweizerischen Finanz-, des Handels und der Industrie usw.

Dr. Schacht leitete seine Ausführungen mit einem Rückblick auf die deutsche Währung in den letzten zwei Jahren seit der Stabilisierung der Mark ein und betonte, daß heute die ganze Welt an der Stabilisierung der Mark interessiert sei. Auf die Deflationstriebe verweisend, schilderte er die Not durch die Kapitalknappheit, die Belastung der deutschen Wirtschaft durch teureres Geld. Die deutsche Reichsbank müsse allen Kreditforderungen gegenüber hart bleiben, um die Mark nicht neuerdings zu gefährden. Nur eine systematische Durchkämpfung der Deflationstriebe könne der deutschen Wirtschaft Gesundung bringen. Der Dawesplan werde dabei zunächst nicht anders als eine internationale Rückversicherung für die Stabilität der deutschen Mark. Dr. Schacht verwies darauf, daß sich der Zahlungsmittelumsatz im letzten halben Jahr auf ca. 5 Milliarden stabilisiert habe, während er vor dem Kriege 6 Milliarden Mark betrug. Die Verschuldung Deutschlands gegenüber dem Auslande sei verhältnismäßig gering und habe in den letzten Monaten trotz der neueren Anleihen nicht zugenommen, da die neu aufgenommenen Gelder zum größten Teil zur Zahlung kurzfristiger Kredite verwendet wurden. Die gesamte deutsche Auslandsverschuldung müsse heute auf 3 1/2 - 3 3/4 Milliarden beziffert werden. Das Vertrauen in Deutschland komme heute mehr und mehr auch in der Gewährung langfristiger Anleihen zum Ausdruck. Die Dawesanleihen seien übrigens eins der besten Geschäfte gewesen, die das Ausland mit Deutschland machen können. Eine gewisse Zurückhaltung bei der Aufnahme ausländischer Anleihen sei indessen angebracht, da die deutsche Wirtschaft sie auf die Dauer nicht tragen könne. Dr. Schacht erklärte auch, daß die Bewertung in Deutschland heute zum größten Teil weit unter dem wirklichen Wert der Unternehmungen erfolge.

Auf die Auslandsverbindlichkeiten verweisend, sagte der Vortragende, die deutsche Reichsbank sei stark daran interessiert, daß eingegangene Verbindlichkeiten in ehrenhafter Weise gehalten würden. In prägnanter Weise schilderte dann der Referent die Wirtschaftskrise, von der heute der deutsche Wirtschaftskörper bebrütet sei. Diese Krise sei letzten Endes nichts anderes als ein Gesundheitsprozess mit schweren Begleiterscheinungen. Bezüglich der passiven deutschen Handelsbilanz führte Dr. Schacht aus, daß heute die Tendenz vorherrsche, die Einfuhr auf einem gewissen Niveau festzuhalten, dagegen die Ausfuhr zu steigern. So werde es schließlich möglich sein, jedes Jahr 2 1/2 Milliarden aus dem Ausland abzuliefern. Seine Darlegungen mit reichem Zahlenmaterial ergänzend, ging der Referent sodann auf die Diskontpolitik der Reichsbank und der deutschen Banken im allgemeinen ein und verwies auf die wieder einsetzende Kapitalbildung, die zu großen Hoffnungen berechtige. Hinsichtlich der zahlreichen wirtschaftlichen Zusammenbrüche erklärte der Reichsbankpräsident, daß die Herkunftserscheinungen in den großen Konzernen ein natürlicher Vorgang sei, da diese Konzerne nicht organisch aufgebaut seien. Die Hälfte der Unternehmungen die heute in Konkurs geraten, seien typische Inflationsgründungen. Es müsse festgestellt werden, daß abgesehen von jenen Konkursen, die Zahl der Konkurse heute die normale Vorkriegsziffer nicht übersteige.

Der Vortragende schloß mit einem Ausblick, indem er darauf hinwies, daß wenn der Gedanke der internationalen Wirtschaftsfaktibilität die Idee, daß des einen Nachteil des anderen Nachteil und des einen Vorteil des anderen Vorteil sei, sich immer mehr durchsetze, Deutschland und Europa besseren Zeiten entgegengehen würden. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit wisse, daß die deutschen Interessen verbunden seien mit den Interessen seiner Nachbarn. Die Völker Europas müßten sich auf wirtschaftlichem Gebiet näher kommen und die in wirtschaftlicher Beziehung trennenden Schranken niederreißen.

Der Vortrag wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen und von dem Präsidenten der Statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft Laroché mit dankenden Worten anerkannt. Eine zwanglose Zusammenkunft bot nach dem Vortrag Gelegenheit zu direkter Fühlungnahme zwischen den verschiedenen Persönlichkeiten von Handel und Industrie und Finanzen.

Lohnunterschiede in der Rheinischfabrik. Die in Duisburg abgehaltenen Lohnverhandlungen in der Rheinischfabrik sind gescheitert. Die Arbeitnehmer haben den von Arbeitgeber gemachten Lohnabbauvorschlag abgelehnt.

Badisches Landestheater

„Fidelio“

Mit der Wiederaufnahme des „Fidelio“ in den Spielplan sind zwei Namen verknüpft: der des Regisseurs und der des Dirigenten. Da es bis zur Jentenerfeier von Beethovens hundertstem Todestag, der uns hoffentlich eine gründliche Neuinszenierung und vollständige Neuinszenierung bringen wird, noch geraume Zeit dauert, lohnt es sich, auch auf das Zusammenwirken dieser beiden beiläufig einzugehen. Soweit die Lösung der szenischen Frage zur Diskussion steht, muß beanstandet werden, daß Otto Krauß die ersten Szenen wieder in den Staatsgefängnishof zurückverlegt hat. Ich halte diese an sich sehr praktische Anordnung nicht für glücklich, weil einmal deutlich Beethovens Konzeption in der Charakteristik der Einzelpersönlichkeiten auf intimen Raum abzielt und zum andern die fingspielhaft freundliche Beleuchtung der Anfangsszene nicht mehr zu dem Auftritt Bizarrs und der Staatsgefängnishaft paßt. Mit dem bisherigen Zwischenvorhang ergibt sich ein weit stärkerer Kontrast — obendrein in Übereinstimmung mit der Musik, die merkwürdig eine Fäsur anzeigt. Dagegen halte ich es für sehr wichtig, daß im Schlußbild nun Marzelline und Jaquino doch als glückliches Paar (in stummem Spiel) gezeigt werden; der allgemeinen Verdrüderung gemäß kann es auch nicht gut anders sein. Um den musikalischen Teil zu würdigen, muß man Dr. Heinz Knoll zunächst eine gewisse Ruhe und Klarheit der Gestaltung hochanrechnen, eine Klaffigkeit der Mitte, die freilich dem aus schönem Gleichgewicht verrückten modernen Empfinden nicht genug Explosionen bringt, aber auch durch Übertreibungen (namentlich in der Schlussszene und zuvor in der dritten Leonore-Quartette) keineswegs verärgert. Nach dieser Richtung konnte man die sorgfältige Interpretation durchaus widerspruchlos hinnehmen.

Von den Solisten hielt sich Fedy Tracema-Brügelmann wiederum als Leonore, die wohl die stärkste Belastungsprobe jeder Hochdramatischen darstellt, sehr tapfer und mit

Politische Neuigkeiten

Ein Attentatsplan gegen Stresemann

Wie aus Berlin gemeldet wird, soll ein Attentatsplan gegen Stresemann aufgedeckt worden sein. Die beiden im Zusammenhang hiermit stehenden jungen Leute namens Kaldorff, Sohn eines höheren Beamten, vorbestraft und zurzeit Arbeiter und der Bürogehilfe Lorenz, Sohn eines Oberstudienrates, wurden verhaftet. Kaldorff bezeichnete sich bei der Vernehmung als deutsch-polnisch, Lorenz als deutsch-national. Aufgedeckt wurde der Plan dadurch, daß ein Münchener Rechtsanwalt, der früher der völkischen Partei angehört hatte, und an den sich die beiden Festgenommenen unter Mitteilung des Attentatsplanes mit der Bitte um geldliche Unterstützung gewandt hatten, der Münchener Polizei Anzeige erstattete. Mehreren Mätern zufolge, soll es sich bei beiden Verhafteten um geistig minderwertige handeln.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt, daß dieser Plan nicht der erste sei. Am Todestage Rathenaus seien im Garten der Ministeriums des Auswärtigen in der Dunkelheit von Personen, die sich der Teilnahme durch die Flucht entzogen, Schiffe abgeben worden. Auch kurz vor der Abreise der deutschen Delegation nach Locarno sei von mehreren amtlichen und privaten Stellen aus München und Berlin auf das Bestehen einer Verschwörung zur Ermordung des Reichsaussenministers hingewiesen worden. Verschiedene Wachsamkeit und besondere Vorsichtsmaßnahmen hätten die Ausführung des Planes verhindert. Das Blatt schließt: Die unheimlichen Verbrechen der Vorkriege interessieren weniger, als die Frage nach den eigentlichen Urhebern der systematischen Mordbege. Darüber werde noch zu reden sein.

Der neue Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaus

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte am Mittwoch einen von der Reichsregierung zur Begutachtung vorgelegten Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaus. Der Gesetzentwurf enthält:

1. Bestimmungen über einen Vergleich zur Abwendung des Konkurses unter Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht.
2. Maßnahmen gegen die Ringbildung (Vorschriften gegen die Ausbeutung bei Vergabe von Aufträgen im Wege der Ausschreibung).
3. Vorschriften über die Abänderung der Kartellverordnung (Beseitigung der Ausnahmestellung der Zwangsorganisationen, die bisher nach der Kartellverordnung den Einwirkungsmaßnahmen der Reichsregierung und des Kartellgerichts nicht unterliegen).
4. Vorschriften über Abänderung der Gewerbeordnung. Durch diese Vorschriften soll der Verkehr mit Brot in bestimmter, die Überwindung erleichternder Weise geregelt und die Preisfestsetzung durch die Innungen gewissen Beschränkungen unterworfen werden.

Der Gesetzentwurf wurde in einer eingehenden allgemeinen Besprechung erörtert. Es wurde dabei die Zusammenfassung der einzelnen Abschnitte des Entwurfes unter der Überschrift „Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaus“ bemängelt. Zur weiteren Behandlung der Vorlage wurde ein 18gliedriger Ausschuss eingesetzt.

Die Entscheidung in der Woffulfrage

Wurde am Mittwoch vom Völkerrundrat in Genf verurteilt. Die Entscheidung ist gegen die Türkei ausgefallen und läßt im wesentlichen die vorkriegs Linie als endgültige Grenzlinie zwischen der Türkei und dem Irak bestehen. Die Entscheidung wird jedoch abhängig gemacht vom dem Abschluß von Wirtschaftsverträgen zur Erleichterung des Handelsverkehrs zwischen der Türkei und dem Persischen Golf über das Woffulgebiet und die Wasserwege des Irak.

Vor der Verlesung der Entscheidung wurde ein Brief des türkischen Außenministers Tewfik Rukhbi Bey verlesen, in dem dieser darauf hinweist, daß die türkischen Vermittlungsvorschläge niemals Folge gegeben worden ist und daß der Rat es abgelehnt hat, eine Vermittlung auszuüben. Unter diesen Umständen erklärte die türkische Delegation diesen Vermittlungsvorschlag für null und nichtig. Die türkische Delegation war nicht erschienen. Sie hat der Presse nach der Sitzung eine Erklärung mit einem scharfen Protest über die Entscheidung des Völkerrundrates gegeben lassen.

Die Finanzgebarung des Reichs. Nach einer Übersicht über die Geldebewegung bei der Reichshauptkasse betragen im November die Einzahlungen 561,1 Millionen Reichsmark, die Auszahlungen 609,2 Millionen Reichsmark, so daß sich ein Aufschubbedarf von 48,1 Millionen Reichsmark ergab. Der Stand der schwebenden Schuld am 30. November wird mit 70,9 Millionen Reichsmark angegeben.

seiner stimmlicher Ausdauer. Theo Straß überbot seine gesungene Leistung als Florestan, mit dem er vor Jahresfrist hier gastierte, bei weitem; fast möchte man behaupten, daß diese Rolle seinem Organ noch am besten entspricht. Sehr schön und ausdrucksvoll sang Franz Schuster den Don Fernando, während der Don Bizarro Walther Barth's über den üblichen Höflichkeitstyp nicht hinausragte und auch stimmlich nicht allzusehr befriedigte. Gewisse gesangstechnische Bedenken stellten sich auch bei dem Jaquino von Hans Siegfried ein, zu seinem Vorteil hielt sich freilich die Marzelline Senta Zech's ebenfalls in recht mäßigen Grenzen. Gut war Dr. Herrn. Wudersperg als Rocco. Die Wiederaufnahme hatte — wie kann es bei diesem Beethovenwerk anders sein? — beträchtlichen Erfolg; von jubelnder Begeisterung war jedoch wenig zu merken.

Badisches Landestheater. Am Freitag, den 18. Dezember, können die angelegten musikalischen Finaler infolge weiter andauernder Erkrankung von Robert Wuy nicht zur Ausführung gebracht werden. Es gelangen daher Puccini's komische Oper „Miani Schiedi“ und „Die schöne Galathea“ von Suppé zur Wiederholung. Die musikalische Leitung liegt für das ergebnisreiche Werk in Händen von Dr. Heinz Knoll. „Die schöne Galathea“ dirigiert Alfons Rißner. Die Spielleitung beider Werke hat Otto Krauß. Das auf diesen Abend fallende Abonnement mußte ebenfalls geändert werden. Die Vorstellung findet für Abonnement G 12 statt. Am Sonntag, den 20. Dezember, wird Beethovens „Fidelio“ unter musikalischer Leitung von Dr. Heinz Knoll wiederholt.

Schwedische Ehrung für den Schöpfer des deutschen Museums. Oskar von Miller, der Schöpfer des deutschen Museums in München, wurde in Würdigung seiner bahnbrechenden Arbeiten auf dem Gebiete der Elektrotechnik zum auswärtigen Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu Stockholm gewählt.

Kurze Nachrichten

Langwerth von Simmern in Paris. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Vorkämpfer Freiherr Langwerth von Simmern, hält sich seit Dienstag in Paris auf. Er besuchte u. a. Briand und den Generaldirektor des Außenministeriums, Philipp Berthelot. Gute abend reist der Kommissar auf seinen Posten nach Koblenz zurück.

Kostlandbeihilfe für die Reichsarbeiter. Mittwoch vormittag fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen wegen der Übertragung der Kostlandbeihilfen, die der Reichstag für die Beamten beschlossen hat, auf die Reichsarbeiter statt.

Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-schweizerischen Zollabkommens. Die Ratifikationsurkunden bezüglich des am 6. November 1925 in Bern abgeschlossenen zolltarifigen Zollabkommens zwischen der Schweiz und dem deutschen Reich sind ausgetauscht worden. Die feierliche Zölle treten sofort in Kraft.

Anschluß Lippes an Preußen. In Bielefeld fand eine verbindliche Aussprache zwischen der Landesregierung und den Abgeordneten des Landtages des früheren Fürstentums Lippe über die Anschlußverhandlungen mit Preußen statt. Schaumburg-Lippe soll ein einseitiger preußischer Kreis mit dem Namen Schaumburg-Lippe werden und der Provinz Hannover eingegliedert werden.

Das Schiedsverfahren im Kanfgewerbe. Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Durchführung des Schiedsverfahrens im Kanfgewerbe wurde laut „Vorwärts“ vom Reichsarbeitsministerium angefragt, entsprechend der Forderung der Angestellten das Schiedsgericht noch vor Weihnachten zusammenzutreten zu lassen.

Keine Lohnhöhung im Buchdruckgewerbe. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Das im deutschen Buchdrucker-tarif vorgesehene Zentralschließungsamt lehnte den Schieds-spruch des Arbeitnehmertrages auf Lohnhöhung unter Hinweis auf die schwere Lage der Gesamtwirtschaft ab.

Streicher verurteilt. In einem Verleibungsprozess des Nürnberger Oberbürgermeisters Luppe gegen den Schriftleiter des „Stürmer“, den bekannten Nationalsozialisten Oberlehrer Streicher, vor dem Schwurgericht in Nürnberg wurde nach 4 wöchiger Verhandlung das Urteil gefällt. Streicher wurde wegen Verleibung, übler Nachrede usw., begangen durch die Presse, zu zwei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt.

Donner französischer Finanzminister. Senator Paul Doumer hat das ihm von Briand angebotene Finanzministerium angenommen. Doumer hat die Verpflichtung übernommen, in enger Gemeinschaft mit den führenden Mitgliedern des Finanzausschusses einen Finanzierungsplan auszuarbeiten und sich zunächst nur mit dem Ausgleich des Budgets zu beschäftigen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anleihe

Dem Landtag ist folgende Vorlage zugegangen:

§ 1. Die Staatsgüternverwaltung wird ermächtigt, unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums für Nachzahlung der Amortisationskasse einen Betrag bis zu 46 200 000 RM. durch Aufnahme einer Anleihe aufzubringen und für wirtschaftliche Unternehmungen des Staates zu verwenden.

§ 2. Mit dem Vollzug dieses Gesetzes insbesondere mit der Festsetzung des Zinsfußes und der sonstigen näheren Anleihebedingungen, wird das Finanzministerium beauftragt.

In der Begründung wird gesagt: Das Erträgnis der Anleihe soll vollständig und ausschließlich in die Anlagen des Staates verwendet werden. Nähere Auskunft über die Einzelheiten über die Regierung mündlich im Haushaltsausschuss geben.

Gesetz über die Landeselektrizitätsversorgung

Nach einem weiteren dem Landtag vorgelegten Gesetzentwurf soll das Grundkapital der Badischen Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft Badenwert von 18 Millionen RM. auf 21 Millionen RM. erhöht werden. Die hierzu erforderlichen Mittel sind im Wege des Staatskredits stufweise zu machen.

Die jetzt geplante Kapitalerhöhung soll es dem Badenwert ermöglichen, sich an der Aktiengesellschaft, die das Rheintraffektory-Rhyburg-Schwirftal bauen und betreiben soll, zu beteiligen. Das badische Verleibungsverfahren ist bei dem Bezirksamt Siedingen anhängig. Die Gründung der A.-G. steht unmittelbar bevor; im nächsten Frühjahr soll mit dem Bau begonnen werden. Es ist vorgesehen, daß die beiden Uferstaaten, Baden und dem Kantons Aargau, Gelegenheit zu geben ist, sich an dem Unternehmen spätestens bei der Zeichnung des Aktienkapitals bis zu je 25 Proz. direkt oder indirekt zu beteiligen. Als Gründer treten auf: auf badischer Seite das Badenwert und die Kraft-Übertragungswerke Rheinfelden, auf schweizerischer Seite die nordostschweizerischen Kraftwerke und Motor-Columbus mit je 25 Proz. Die zu gründende A.-G. stellt also ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen dar, bei dem die öffentliche Hand mit 50 Proz. beteiligt ist.

Des weiteren besteht, wenigstens vorerst, ein paritätisches Verhältnis zwischen Baden und der Schweiz, indem je 50 Proz. der Beteiligung auf badische und Schweizer Unternehmen entfällt. Nun soll das Badenwert sich zwar als Gründer mit 25 Proz. beteiligen, es soll jedoch einen Teil des Aktienbestandes an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft zum Zwecke der Elektrifizierung der badischen Bahnen unter entsprechender Abwälzung seiner Gründerverbindlichkeiten abhandeln. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft, die ihren Sitz in der Schweiz haben wird, soll 30 Millionen Franken betragen. Da von dem dem Lande Baden vorbehaltenen Viertel (8 Millionen Reichsmark) ein Teil der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft überlassen werden soll, wird eine Erhöhung des Aktienkapitals des Badenwertes um 3 Millionen RM. für genügend angesehen.

Diese Vorlage und die Vorlage über die Anleihe beschäftigt heute Donnerstag den Haushaltsausschuss und stehen auf der Tagesordnung der Plenarsitzung vom morgigen Freitag.

Die Frage der Beschaffung langfristiger Kredite. Die Demokraten haben im Landtage beantragt die Regierung wolle prüfen, ob und in welcher Weise zur Beschaffung langfristiger Kredite für Industrie, Handel und Gewerbe unter Verpfändung der dem Gewerbebetrieb dienenden Eigenschaften, durch Vermittlung des Staatsanwaltes — auch im Auslande — aufgenommen werden könnten. Zu diesem Zwecke solle dem Landtag tunlichst rasch eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

Die Kapitalabfindung zu Bauzwecken

Vom Hauptverwaltungsamt Karlsruhe wird uns geschrieben: Von den Vorschriften der §§ 72 bis 85 des Reichswohnungs-gesetzes über die Kapitalabfindung zu Bauzwecken ist im Jahre 1925 umfangreicher Gebrauch gemacht worden. Die allgemeine Wohnungs- und Kreditnot läßt erwarten, daß die Zahl der Anträge auf Abfindung zum Wohnungsbau im kommenden Jahre nicht geringer werden wird.

Wie die Erfahrung gezeigt hat, werden in einem großen Teil der Fälle die Abfindungsanträge erst dann gestellt, wenn mit dem Bau bereits begonnen oder das Geld zur Verwendung kommen soll. Dabei wird außer acht gelassen, daß die Prüfung der Anträge geraume Zeit (etwa 2-3 Monate) in Anspruch nimmt und die Antragsteller dadurch oft in eine mißliche Lage kommen. Das Hauptverwaltungsamt befürchtet deshalb, daß die Zahl der Anträge auf Abfindung mit Beginn des Frühjahrs wieder so stark zunehmen wird, daß erhebliche Verzögerungen nicht zu vermeiden sind. Diejenigen Kriegsbeschädigten oder -Witwen, die beabsichtigen mit Hilfe der Kapitalabfindung im kommenden Jahr zu bauen, werden deshalb dringend gebeten, ihre Anträge auf Abfindung möglichst bald einzureichen, damit zu Beginn der nächsten Bauperiode bereits eine Anzahl Anträge zur Entscheidung gebracht werden kann.

Die Anträge können schriftlich oder besser mündlich bei den Fürsorgeämtern, Fürsorgeverbänden (Bezirksämtern) oder bei den zuständigen Versorgungsämtern gestellt werden.

Die Ferien an den Höheren Schulen

Die Ferien an den Höheren Schulen sind wie folgt festgelegt:

	Erster Ferientag	Letzter Ferientag
a. Weihnachtsferien 1925	24. Dez. 1925	6. Jan. 1926
b. Osterferien	28. März 1926	18. April 1926
c. Pfingstferien	23. Mai 1926	30. Mai 1926
d. Sommerferien	1. Aug. 1926	12. Sept. 1926

Am letzten Schultag vor den Weihnachts-, Pfingst- und Sommerferien werden die vier ersten Unterrichtsstunden in vollem Umfang erteilt; nach Schluß der vierten Unterrichtsstunde werden den Schülern die fälligen Zeugnisse durch die Klassenlehrer in entsprechender Weise ausgehändigt. Auswärtige Schüler dürfen, damit sie am gleichen Tage ihren Heimatsort noch erreichen können, von der Direktion zu einer früheren Stunde entlassen werden. Am letzten Tag vor den Osterferien wird der vorgeschriebene feierliche Schlußakt abgehalten.

Als Tag der Anmeldung für Schüler, die auf Beginn des neuen Schuljahres 1926/27 eintreten wollen, ist der 15. März festgesetzt.

Voranschlagsberatungen der Landesversicherungsanstalt Baden für 1926

Der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Baden versammelte sich am 12. ds. Mts. vormittags 9 Uhr zu Karlsruhe im Sitzungssaal des Dienstgebäudes, um den Voranschlag für 1926 festzustellen und einige andere, für die weitere Entwicklung der Heilanstalten wichtige Vorlagen zu erledigen.

Der gemeinsamen Sitzung, welcher als Vertreter des Ministers des Innern Ministerialrat Knipfer und der Vorsitzende des badischen Landesversicherungsamts, Staatsrat Dr. Krens, anwohnten, gingen getrennte Besprechungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter voraus, welche am Vorabend stattfanden und in welchen zu den einzelnen Positionen Stellung genommen wurde.

Zum Vorliegenden des Ausschusses wurde Architekt Eriker-Karlsruhe, zu dessen Stellvertreter Verwaltungsdirektor Stad-Heidelberg gewählt.

Der Präsident der Landesversicherungsanstalt, Jung, gab zunächst eine Darlegung der finanziellen Verhältnisse der Landesversicherungsanstalt und begründete den Voranschlag sowie die übrigen Vorlagen.

Der Voranschlag für 1926 sieht hiernach vor in Einnahme: 23 870 000 RM. und in Ausgabe: 22 754 000 RM. gegenüber 14 189 000 RM. Einnahmen und 12 895 000 RM. Ausgaben des Voranschlags 1925. Die Mehrausgaben für 1926 finden überwiegend ihre Begründung in den erheblichen Steigerungen der Renten, die am 1. April und 1. August ds. J. in Kraft getreten sind und voraussichtlich im Jahre 1926 einen Rentenaufwand von 18 000 000 RM. verursachen werden, während im laufenden Jahre hierfür nur 9 600 000 RM. vorgesehen waren, welcher Kosten allerdings infolge der Rentenerhöhungen erheblich überschritten werden wird. Hieraus geht ohne weiteres hervor, wie unrichtig die vielfach im Lande dringlich verbreitete Ansicht ist, daß die Landesversicherungsanstalt infolge der hohen Beiträge förmlich im Gelbeschwimme. Zur weiteren Überlegung dieser irrtümlichen Auffassung möge noch angeführt werden, daß die Zahl der Einzelrenten am 1. Juli 1914: 38 964 betrug gegenüber einem Stand von 85 790 Renten am 1. Oktober 1925. Allein im laufenden Jahre haben die Renten um 4548 zugenommen. Etwa ein Fünftel des vorgesehene Jahresaufwandes für Renten, das sich rund 3 790 000 RM., muß infolge des Lastenausgleichs für andere - notleidende - deutsche Landesversicherungsanstalten mit aufgebracht werden. Der monatliche Rentenaufwand beträgt hiernach, wenn das Reich weitere Zuschüsse als den Reichszuschuß nicht gewährt, allein 1 579 900 RM. Um die Ausgaben für Renten, dringend notwendige Heilanstaltenbauten, Seilbahnen und Verwaltung zu decken, sollten monatlich 1 920 000 RM. vereinnahmt werden. Ob diese Einnahme im Hinblick auf die derzeitige sehr mißliche Wirtschaftslage erzielt werden wird, erscheint zweifelhaft. Die infolgedessen unsichere Finanzlage der Anstalt zwingt bedauerlicherweise den Vorstand dazu, die Eingabe von Baubarlehen für Arbeiterwohngebäude, deren vom Januar bis September 1925: 428 im Gesamtbetrag von rund 1,6 Millionen RM. zu dem niedrigen Zinsfuß von 5 Proz. gewährt worden sind, völlig einzustellen. Ob und wann wieder zur Eingabe von Baubarlehen geschritten werden kann, hängt ganz von der Gestaltung der Wirtschaft und der damit zusammenhängenden Beitragsentnahmen ab.

Der stellv. Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt, Obergerichtsrat Kauf, berichtete sodann über die Tätigkeit der Anstalt auf dem Gebiete des Seilverkehrs und der sonstigen freiwilligen Leistungen und führte u. a. folgendes aus:

An Ausgaben, die für das Jahr 1925 mit 2 420 000 RM. veranschlagt waren, seien für 1926: 2 671 000 RM., mithin ein Mehrbetrag von 251 000 RM. vorgesehen. Die Zahl der eingekommenen Anträge auf Seilbahnen habe vom 1. Januar bis 8. Dezember 1925 17 834 betragen, eine der höchsten Ziffern, die seit Bestehen der Anstalt erreicht worden seien. An Anträgen auf Durchführung von Lungenheilverfahren seien eingekommen vom April 1924 bis November 1925: 6548, wovon durchschnittlich 70 Proz. genehmigt worden seien. An Seilbahnen in Wädern usw. seien bis jetzt 1702 durchgeföhrt worden. Die Kostenbeiträge für künftigen Jahren

erfah dürften die Voranschlagssumme für 1926 mit 150 000 RM. um ca. 100 000 RM. überschreiten. In dem Neubau der Lungenheilstätte Nordrach-Kolonie werde ein Operationsaal eingerichtet werden, der es ermöglichte, die Tuberkulose auch chirurgisch zu behandeln. Die täglichen Verpflegungssätze in unseren Heilstätten betragen über 7 RM., wovon auf Ernährung allein der Betrag von 3,68 RM. entfällt. Wenn gleich dieser Betrag gegenüber den Verpflegungssätzen der Erholungsheime usw. hoch erscheine, könne einer Verminderung desselben das Wort nicht geredet werden. Unsere Kranken müßten, wie dies seit Bestehen der Lungenheilstätten Grundtat sei, nach wie vor neben erstklassiger ärztlicher Behandlung eine gute Verpflegung erhalten, nicht nur, um den Heilerfolg zu beschleunigen, sondern auch um ihn auf längere Zeit hinaus zu sichern.

Die Wiedereröffnung der öffentlichen Beratungsstellen für Geschlechtskranke dürfte wohl im Laufe des kommenden Frühjahrs sich ermöglichen lassen. Die Anordnungen für Kinderheilverfahren, für Invaliden- und Waisenhauspflege und an den badischen Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose würden beträchtlich erhöht.

An die beiden Berichte der geschäftsführenden Vorstandsbeamten schloß sich eine ausgedehnte Generaldebatte und hiernach eine Spezialdebatte über die einzelnen Positionen und Vorlagen an. An der Aussprache, bei welcher der Geschäftsgebarung der Landesversicherungsanstalt im allgemeinen Anerkennung gezollt wurde und insbesondere der hohe Stand des Seilverkehrs lobend anerkannt worden ist, beteiligten sich von den Arbeitgebern: Fabrikant Danse-Mannheim, Walzmeister Oberle-Karlsruhe, Gutspächter Bernisch-Scheibhardt und Landwirt und Gemeinderat Achille-Münchhof, von den Arbeitnehmern: Verwaltungsdirektor Stad-Heidelberg, Sekretär Fuchs-Bruchsal, Sekretär Danz-Forzheim, Sekretär Schwan-Karlsruhe, Sekretär Schwarz-Mannheim, Sekretär Niebl-Karlsruhe, Geschäftsführer Hof-Karlsruhe und Landessekretär Stadler-Karlsruhe.

Dem Wunsch der Versicherungsvertreter entsprechend wird der geschäftsführende Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden bemüht sein, bei den in Frage kommenden Stellen mit allem Nachdruck auf eine raschere Erledigung der Rentengesuche hinzuwirken.

Mit Dankworten an den geschäftsführenden Vorstand und die Beamten der Landesversicherungsanstalt schloß Architekt Eriker um 5 Uhr nachmittags die Verhandlung.

Die badische Landesgruppe des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen

veranfaßte vor kurzem eine Arbeitstagung über Erziehungsfragen in den Räumen des Badischen Ministeriums des Innern und des Badischen Justizministeriums, Karlsruhe. Aus Stadt und Land waren Fürsorgeämtern und Wohlfahrtsbeamte und -beamtinnen aus der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege erschienen und nahmen mit lebhaftem Interesse an den Vorträgen und Aussprachen teil. Auch das badische Landesjugendamt hatte weiten Kreisen die Veranstaltung des Verbandes der Sozialbeamtinnen empfohlen in der Überzeugung, daß die Vorträge und Beratungen über den Rahmen der Berufsorganisation hinaus für alle in der Wohlfahrtspflege tätigen Persönlichkeiten von großem Wert sein dürften.

Als Vertreter der Ministerien und des badischen Landesjugendamtes waren erschienen: Frau Oberregierungsrat Dr. Baum, Oberregierungsrat Dr. Umbauer, Oberregierungsrat Kinkel, die Regierungsräte Courtz, Proßner und Bins. Außerdem waren anwesend: Vertreter der Kirchenbehörden, der freien Wohlfahrtsverbände, der Jugendgerichte, der Polizeibehörden und der Bezirks- und Stadtjugendämter.

Wir geben nachstehend kurze Auszüge über die einzelnen Vorträge, die einen tiefen Einblick in die Fülle des Gebotenen geben und allgemeine Aufmerksamkeit verdienen.

Über das Thema Welche Wege müssen wir gehen, um die Erziehungsfähigkeit der Familie zu steigern?

sprach Herr Rektor Dr. Anton Heinen, Leiter der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. Sein unerschütterlicher Glaube an das Göttliche in der Menschenseele überstrahlte seine tieferrnen Ausführungen über die traurige Verfallbarkeit der Gegenwart und zog Hörer und Hörerinnen in den Bann seiner übertragenden und von Nächstenliebe durchdrungenen Persönlichkeit.

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse drängt sich uns die Überzeugung auf, daß die Erziehungskraft der Familie gefährdet und geschwächt sein muß. Was hat sie in Gefahr gebracht?

Wenn wir uns klar werden wollen, warum die Erziehungskraft geschwächt ist, dann müssen wir die alten Familien der bauerlichen Kultur mit unseren modernen Großstadtfamilien vergleichen. Was war die Familie damals? Sie war Lebensgemeinschaft in 4facher Hinsicht: 1. Liebesgemeinschaft, 2. Besitzgemeinschaft, 3. Arbeitsgemeinschaft, 4. Kulturgemeinschaft. Wie steht es in unserer Zeit? Ehe ist nicht mehr Liebesgemeinschaft, weil viele Menschen im Denken und Reden so profan geworden sind, daß sie nicht mehr zur Liebesgemeinschaft fähig sind. Wenn der Mensch ehefurchtlos gegen sich selbst und das Leben geworden ist, dann ist er nicht mehr fähig zur Liebesgemeinschaft. Die Familie ist nicht mehr Besitzgemeinschaft. Die Jugendlichen werden von ihren Familien ausgenutzt und haben, weil ihr Arbeitsverdienst abgezogen werden muß, keine Freude am Eideamporarbeiten. Die Familie ist nicht mehr Arbeitsgemeinschaft. Was weiß heutzutage ein Familienglied von der Tätigkeit des anderen in der Fabrik? - Die Familie ist nicht mehr Kulturgemeinschaft, weil ein spezialisiertes Vereinsleben den Rest an Kulturwillen im Einzelnen verliert und in Massenorganisationen das letzte Fragen und Unberedigtsein zum Schwächen bringt.

Können wir die irrationalen Kräfte wieder erneuern? Dieses Problem ist ein religiöses Problem. Das Große am Christentum ist, daß es das göttliche Geheimnis des Kindes verlobt. Im Anfang des 18. Jahrhunderts war einmal die gleiche Kulturkritik wie heute. Das Heilige war verschwunden. Da spielte Franz von Assisi das Weihnachtsmysterium. Die Menschen lernten wieder die Heiligkeit des Kindes in den Mysterienpielen.

Das Problem liegt noch tiefer. Kann ein Mensch Ehrfurcht vor dem Kind haben, wenn er nicht Ehrfurcht vor sich selbst hat? Goethe sagt, daß Ausgangspunkt aller Erziehung (Bildung) Ehrfurcht sei. Man muß der Jugend, wo man mit ihr zusammenkommt, mit Ehrfurcht begegnen. Katorp sagt: „Das Wort Ehrfurcht ist nur in der deutschen Sprache daheim. Ehre sollen wir den lüchlichen Mächten, Furcht haben wir vor den dunkeln.“ So haben wir Ehrfurcht vor dem Kind, in dem beide Mächte da sind.

Reben der Ehrfurcht muß die Scham vorhanden sein. Wodurch wird denn Scham lebendig? Doch nur dadurch, daß der Mensch einen Lebensinhalt gewinnt. Unsere Mädchen sind in Gefahr, inhaltslos zu werden, weil ihre Arbeit, ihre Klumperei und Klapperei sie nicht aus den Pubertätsströmen in die Wirklichkeit hinüberführen kann. Das gibt chronische Laffische, die immer in Superlativen schwärmen. In der Inhaltlosigkeit der weiblichen Verufe liegt die Tragik der Gegenwart. Wie gewinnt unsere weibliche Jugend den Lebens-

inhalt? Man muß die Jugend da anpacken, wo sie steht. Das Nächstliegende muß man als Lebensaufgabe näher bringen. Oder das: Wie feiern wir in der Familie die Feste, Weihnachten, den Geburtstag, Namenstag usw. - Glauben uns die jungen Menschen, wenn wir davon sprechen? Ja, wenn wir ihr Vertrauen haben, wenn die Jugend weiß, daß wir sie nicht vergewaltigen wollen. Darum bedeutet Erziehung: Jugend gewinnen für die nächstliegenden Lebensaufgaben. Alles muß sich, was an Anregungen an die jungen Menschen gebracht wird, sofort in die Tat umsetzen lassen, muß Lebensanlässe geben, muß eine Anleitung zur Selbst-, Geschwister- und Familienerziehung, zur Einwirkung auf Kolleginnen geben.

Erziehung heißt nicht formen nach uns, sondern helfen, daß der Gottesgedanke, der in dem Jugendlichen steckt, Wirklichkeit wird; darum heißt Erziehung: helfen.

Wird es möglich sein, unseren Familien wieder das von ehedem zu geben? Dazu gehört lange und diskrete Arbeit. Vor allem die Demut derer, die mit den Familien in Verbindung kommen.

Es wird in unseren Familien von der eigenen elterlichen Familie unter dem Gesichtspunkt der Mitverantwortlichkeit des Jugendlichen an seiner eigenen Familie gesprochen. Dadurch wollen wir ihm die Kraft geben, Verantwortung dafür zu fühlen, daß in ihm eine neue Familie der Zukunft heranwächst.

Es kommt auch wieder zu einem Sinn für Besitz. Der Proletarier hat nicht viel Besitz. Es ist das Gute der Jugendbewegung, daß sie die Proletarier von dem Möbel-, Bilder- und Büchertisch zu befreien sucht. Ein schönes Bild kann den Schmuckfuss beleben, der die Wohnung auffährt als den Tempel, in dem das Heilige sich abspielt.

Da wo sich eine Familie auch im Wirtschaftsleben im Heiligen fühlt, wächst im Weibe auch das Bewußtsein, daß sie mit verantwortlich ist auch für das Geld und für Wirtschaftlichkeit. Da werden die Kinder in die Arbeit in der Hauslichkeit hineingezogen. Wo eine geistige Gemeinschaft in der Familie ist, da wird auch wieder Kultur im Lied, im Vorlesen, in der Familienandacht. Da wächst wieder Sitte, Familien-ehre, Familiensham. So wird die Familie als 4fache Gemeinschaft lebendig. (Fortf. folgt)

Rückwirkungen des Locarno-Abkommens

W.V. meldet: Die seit Ende 1918 in Räumen des hiesigen Hotels Germania zu Karlsruhe untergebrachte interalliierte Kontrollkommission soll am 4. Januar kommenden Jahres aufgehoben werden. Sie bestand aus 2 Offizieren, sowie sechs Unteroffizieren und Mannschaften, die an diesem Tage Karlsruhe verlassen.

Nach einer weiteren Meldung ist jedoch über den Termin der Zurückziehung noch keine endgültige Bestimmung getroffen.

Hilfe für Tabakarbeiter

Der Reichsrat beschäftigte sich dieser Tage mit dem Entwurf von Ausführungsvorschriften zur Sonderunterstützung an Hausgewerbetreibende, Angestellte und Arbeiter im Tabakgewerbe und den durch dieses mitbeschäftigten Gewerben. Es handelt sich um Fürsorgebestimmungen für Tabakarbeiter, die durch die Steuererhöhung betroffen sind. Im allgemeinen ist nur eine wesentliche Änderung vom Reichsrat vorgenommen worden. Nach der Regierungsvorlage sollten die Kosten nur zu 75 Prozent den Gemeinden vom Reich zurückerstattet werden. Auf Einbruch der badischen Regierung, die eine Rückerstattung von mindestens 90 Prozent durch das Reich verlangte, einigte man sich schließlich auf 80 Proz. Die Bedenken des Reiches, als ob die Gemeinden nicht sparsam genug umgehen würden, wurde seitens des badischen Reichstages dahin richtig gestellt, daß es sich um besonders arme Gemeinden handle, in denen im wesentlichen nur Tabakarbeiter wohnten und wo die Verhältnisse von selbst dazu führen würden, daß die Gemeinden bei Verwendung der Mittel sorgfältig vorgingen.

Außer Baden hatte auch der hiesige Reichstagesvertreter gegen den Regierungsvorschlag Einspruch erhoben.

Aus den Parteien

In einer Mitgliederversammlung der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Karlsruhe, sprach der Fraktionschef, Abg. Dr. Glodner, über die badische Regierungsbildung. Er betonte die Bereitwilligkeit der Demokratischen Partei zum Eintritt in die Große Koalition und führte das Scheitern der Verhandlungen auf die Forderungen des Zentrums zurück, die für die Demokraten unannehmbar gewesen seien. Der gegenwärtige Zustand, wie er sich durch die Regierungszusammensetzung aus Zentrum und Sozialdemokratie ergebe, sei für längere Zeit untragbar, weil ihr die verfassungsmäßige Zweidrittel-Mehrheit fehle. Die Demokraten hielten daran fest, daß das Unterrichtsministerium von einer ihnen angehörenden Persönlichkeit am geeignetsten besetzt würde; aber sie würden nichts unternehmen, um die gegenwärtige Interimszeit abzulösen.

Der Vorstand des Badischen Landesverbandes deutscher demokratischer Jugend nahm in einer aus allen Teilen des Landes besuchten Sitzung am Sonntag in Karlsruhe Stellung zum Antrag der Deutschen Volkspartei betr. Heraushebung des Wahlalters.

Der Vorstand ist der Ansicht, daß der völksparteiliche Antrag ein Angriff auf den Sinn der Weimarer Verfassung ist. Die Beschränkung des Stimmrechtes auf badische Staatsbürger bedeute eine Rückkehr zur alten Kleinstaaterei. Mit der Heraushebung des Wahlalters auf das 25. Lebensjahr für das aktive Stimmrecht würde ein sehr wesentliches Moment für die Erziehung zur politisch verantwortlichen Mitarbeit des Volkes am Staate fallen gelassen. Der junge Mensch steht heute bereits frühzeitig im öffentlichen Leben, er kann verlangen, daß seine Stimme auch in Staatsangelegenheiten gehört wird. Gerade zu Beginn der zwanziger Jahre ist er für politische Dinge besonders aufnahmefähig. Hat er jedoch erst das 25. Lebensjahr erreicht, so ist er häufig schon derartig von wirtschaftlichen Nöten erfährt, daß er leicht den Blick für das Gesamtwohl des Volkes verliert, und dann diesem kein Interesse mehr entgegenbringt. Die Beschränkung des passiven Wahlrechtes auf Stimmberedigte, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, bedeutet sogar gegen das frühere Reichstagswahlrecht einen Rückschritt. Die Auswahl der Kandidaten erfolgt zumal bei dem heutigen Wahlssystem nach derartigen Gesichtspunkten, daß es besonders für junge Menschen einer außerordentlichen Tätigkeit bedarf, hierbei überhaupt in Betracht zu kommen.

Nr. 25 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Gesetze: zur Ergänzung des Kostengesetzes; über die zweite Abänderung des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt. Verordnungen und Bekanntmachungen: des Ministers des Innern: Gebühren der Leichenschauer; des Ministers des Kultus und Unterrichts: die Prüfungsordnung für das höhere Lehramt; des Justizministers: das neue Grundbuch; über die wandelbaren Beiträge der Notare. Berichtigung.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuss der Stadt Mannheim hielt Dienstag nachmittag seine letzte diesjährige Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Oberbürgermeister Dr. Rager Mitteilung von dem durch den Rücktritt des ausländischen Kreditgebers erfolgten Scheitern der Auslandsanleihe der badischen Städte, an der Mannheim mit etwa 2 1/2 Millionen Mark beteiligt werden sollte.

Aus der Landeshauptstadt

Das Abbringen von der Straßenbahn. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag an der Straßenbahnhaltestelle am Marktplatz hier. Dort wollte ein 80 Jahre alter Privatier von hier während der Fahrt aus einem Straßenbahnwagen springen, in welchen er firtümlicherweise gestiegen war.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 17. Dez., 8 Uhr vormittags. In Baden herrschte auch heute früh harter Frost (Ebene -8 Grad, Hochschwarzwald -12 Grad). Niederschläge fielen nur noch ganz vereinzelt gestern früh in Südbaden, sonst war der vergangene Tag meist heiter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (17. Dez., 18. Dez.), and exchange rates (Geld, Brief).

Karlsruher Börse (16. Dez.) Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Bei festen ausländischen Notierungen verhält sich der Konsum zurückhaltend. Die vielen Zahlungsschwierigkeiten der Branche legen allen Firmen die größte Beschränkung auf.

gut, gesund, trocken 7.25-7.75, Duzerne 8.75-9.25, Weisses Roggenstroh drahtgepreßt 4.25-5.00, alles per 100 Stk. Mühlenfabrikate, Mais, Viertreber und Malzkeime mit Getreide ohne Saft, Fruchtbarkeit Karlsruhe bezw. Fertigungsbrücke Parität, Fabrikation, Waggonpreise, Kiemenz Quantitäten entsprechende Zuschläge. Weine und Spirituosen: Der Besuch der Börse war etwas besser.

Die Notierung der Reichsanleihe-Abschlußskizze. Die Vorbereitungen für die Notierung der Abschlußskizze sind mit der Ausfertigung der Skizze im Berliner Börse bereits im Gange. Schlechterdings kann man aber die Notierung erst dann aufnehmen, wenn Gewähr dafür gegeben ist, daß auch ausreichendes Material für ein regelrechtes Börsengeschäft vorhanden ist.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Die Umlage zur Gebäudeversicherungsanstalt für das Geschäftsjahr 1925. Die Umlage zur Gebäudeversicherungsanstalt ist auf Grund der Berechnung des Verwaltungsrats der Anstalt für das Geschäftsjahr 1925 auf 18 Reichspfennig von je 100 RM. festgesetzt worden.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 128 Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Soeben erschienen: Ergänzungen zur Originalausgabe des Badischen Geschäftskalenders 1926 74. Jahrgang

Die Einheit des Lehrerstandes Vom Hochschul- bis zum Volksschullehrer Jahrbuch der badischen Lehrer II. Jahrgang 1926

Konkursverwalter bis zum 15. Januar 1926 Anzeige zu machen. Karlsruhe, den 8. Dezember 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 3.

Verkehr am Landestheater betr. Auf Grund der §§ 2 Abs. 2, 43 Abs. 2 der Stadt-Str.B.O., § 23 R.F.B.O. wird mit sofortiger Wirkung folgende Anordnung erlassen.

Brücke zwischen Lehrer und Volk, pflug der Gemeinschaftsgedanken und ist ein Zeugn der Kulturauffassung in der deutschen Südwestmark. Verlag G. Braun in Karlsruhe (Baden)

Badisches Landestheater Freitag, 18. Dezember 1925 Infolge weiterer andauernder Erkrankung von Robert Aufhäuser "Lang der Spindel", "Der Apostel", "Die schöne Galathee"

Donaufschlingen, über das Vermögen der Firma Becker & Co. Inhaber Karl Ludwig Weder in Donaueschingen wird gemäß § 1 Absatz 1 u. 2 der Verordnung über die Geschäftsaufsicht zur Anwendung des Konkurses die Geschäftsaufsicht angeordnet.

Ernst Kriek, Die Idee einer deutschen Bildungsverfassung im 18. Jahrhundert; Jonas Cohn, Erzieher und Lehrer; Ernst Hoffmann, Karl Witt, ein Meister der Schule; Franz Schnabel, Die Vorbildung des Geschichtslehrers; Willy Andreas, Die erzieherische Bedeutung der Geschichte für die Diplomatie; Franz Decker, Die geistigen Wandlungen im Fachschulwesen; Eugen Fehle, Die Volkskunde in der Wissenschaft und Schule; Philipp Hördt, Die Seele des Kindes im Wandel der Zeit; Gustav Schließer, Ein Beitrag zur Gemeinschaftsethik; Franz Zureich, Stimpfbildung, Sprechern, Singen; August Beringer, Der romantische Schwarzwald; Emil Baader, Frühjahrsfahrt durch den Odenwald; Gustav Heybach, Bungenkranz im Neckartal; Hermann Eris Busse, Peter Brunnant; Carl Neumann, Eine Bemerkung über bildende Kunst im Unterricht; Hermann Rösch, Hermann Daur; K. Arnold Bergmann, Mittelalterliche Dichterpersönlichkeiten der Reichenau; Karl Bertsche, Neues über Abraham a Santa Clara (mit 1 Faksimilie); Adolf Sätterlin, Zu Johann Peter Hebel; Emil Gerhards, Friedrich Hebel u. a.; Bildbeigaben badischer Künstler

Redarbitzschheim, den 14. Dezember 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts. G. 765 Güterrechtsregister Band II Seite 480: Knoschke, Ernst, Sattler, und Verta geb. Durr